Gesetz über die Umsetzung von Massnahmen der Finanzstrategie 2027+

Geltendes Recht	Ergebnis erste Lesung des Kantonsrats vom 26. April 2018	Änderungsanträge der CSP und SP-Fraktion vom 14. Mai 2018
		12. Der Erlass GDB 851.1 (Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz vom 28. Januar 1999) (Stand 1. Januar 2014) wird wie folgt geändert:
⁴ Der in das Budget aufzunehmende Kantonsbeitrag entspricht mindestens 8,5 Prozent der Prämienkosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung des Kantons Obwalden.	Art. 2 Anspruch auf Prämienverbilligung ⁴ <i>Aufgehoben.</i>	⁴ Der in das Budget aufzunehmende Kantonsbeitrag entspricht mindestens 8,5 Prozent der Prämienkosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung des Kantons Obwalden. <u>Er kann unter Berücksichtigung der Finanzlage des Kantons auf höchstens 6,25 Prozent gekürzt werden.</u>

Begründung:

Mit der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Aufhebung des Art. 2 Abs. 4 des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz möchte man die Auszahlungen für die IPV im Jahre 2019 auf 16 Mio Fr. begrenzen. Bekanntlich wurden im Jahre 2017 insgesamt 19.74 Mio Fr. IPV ausbezahlt. Das Budget mit den 8.5 % (des gesamten Prämienvolumens des Kanton OW) berechnet betrug 23,28 Mio Fr. Somit betrug die Differenz Budget minus Auszahlung 3,64 Mio Fr.

Rechnet man nun die von uns vorgeschlagen 6,25% des gesamten KK-Prämienvolumen (2019: 143,17 Mio Fr.) so hätte man 8.95 Mio Fr. „Anteil Kanton, zu budgetieren. (Bei 8.5 % wären es 12,17 Mio Fr.). Mit dem Bundesbeitrag von 12.95 Mio Fr. (7.5 % der OKP Kosten) ergäbe dies ein Budget von 21.90 Mio Fr. Mit dem noch geltenden Kantonsbeitrag von 8.5 % käme man auf ein Budget von 25.40 Mio Fr. (Seite 45 Botschaft).

Die Überbudgetierung wird bei einem Kantonsbeitrag von 6,25 % somit um 3.22 Mio reduziert, (was ja auch ein grosses Anliegen des Regierungsrats war). In den letzten 3 Jahren wurden durchschnittlich etwas mehr als 3,50 Mio Fr. „nicht abgeholt“ resp. mussten nicht ausbezahlt werden (dies wegen neuen Bemessungsgrundlagen junge Lehrabgänger, Nichteinreichen des Antragsformulars, etc.).

Rechnet man auch mit ca 3.5 Mio Fr. welche auch nächstes Jahr nicht abgeholt resp. nicht gebraucht werden, so komme ich auf eine Auszahlung von ca 18.40 Mio Fr was immerhin eine Ersparnis von 1,34 Mio Fr. gegenüber den im Jahre 2017 ausgegeben 19.74 Mio. Fr. darstellt.

Vergleicht man die Aufwendungen des Kantons von 8.15 Mio Fr. im Jahre 2017 mit den dann im 2019 geschätzten Aufwendungen von ca 5,45 Mio Fr. so werden doch 2.69 Mio Fr. gespart. Dies wohlgemerkt bei Leuten mit tiefen Einkommen.

Bei der Berechnung der Vermögenssteuer von 0,21 Promille auf 0,22 Promille hat man bei der 1. Lesung Mehreinnahmen von 765.000 Fr. berechnet. Wo bleibt da die Opfersymmetrie wenn man 3,9 Millionen Fr. bei der IPV sparen will (16 Mio Fr. fürs 2019, wie vom RR vorgeschlagen) und anderseits lediglich bereit ist bei der Erhöhung der Vermögenssteuer zuerst 765000.- dann doch 1.53 Mio Fr. zu generieren.